

Finanzmonitor 2013: Stimmbürger für zurückhaltende Finanzpolitik

dossierpolitik

11. Juli 2013

Nummer 11

Repräsentative Umfrage. Eine repräsentative Umfrage des Forschungsinstituts gfs.bern zeigt, dass die Schweizerinnen und Schweizer generell an einer restriktiven Finanzpolitik festhalten. Sie stehen grossmehrheitlich hinter der Schuldenbremse. Die Mehrheit der Stimmberechtigten will dieses Instrument auf die Sozialversicherungen ausdehnen: Damit bestätigt sich das letztjährige Ergebnis. Die Stimmbürger beurteilen das finanzpolitische Handeln des Staates weiterhin kritisch: 58 Prozent sind heute der Meinung, der Staat habe die Ausgaben nicht im Griff, und 82 Prozent verlangen vom Staat, dass er seine Aufgaben erfüllt, ohne die Einnahmen zu erhöhen. Die bevorzugten Sparbereiche sind seit Jahren das Asylwesen, die Löhne der Verwaltung und die Armee. Mehrausgaben wünschen die Befragten am ehesten bei der Bildung. Kommt es beim Bund zu Defiziten, sollen die Ausgaben gekürzt werden. Bei Überschüssen sollen zuerst Schulden abgebaut werden.

Position economiessuisse

- ▶ Der Wunsch der Stimmberechtigten nach einer zurückhaltenden Finanzpolitik ist politisch umzusetzen.
- ▶ Im politischen Tagesgeschäft gilt es bei den Ausgaben Mass zu halten. Wo die Schuldenbremse Korrekturen verlangt, sind diese konsequent vorzunehmen.
- ▶ Eine vorsichtige Finanzpolitik spricht auch für die rechtzeitige Schaffung von Handlungsspielräumen. Zudem sind allzu starke finanzielle Ungleichgewichte und unterschiedliche Wachstumsdynamiken zwischen den Ausgaben zu vermeiden. Beides spricht für eine regelmässige Aufgabenüberprüfung.
- ▶ Bereits ab 2014 zeichnen sich Engpässe im Bundeshaushalt ab. Die Vorgaben der Schuldenbremse müssen deshalb strikt eingehalten werden. Die Aufgabenüberprüfung gilt es umzusetzen.

Ergebnisse Finanzmonitor 2013

Wirtschaftliches Umfeld

Das Wirtschaftswachstum der Schweiz hat sich im letzten Jahr gegenüber 2011 abgeschwächt, blieb aber im Vergleich zu jenem der Europäischen Union (EU) im positiven Bereich (+1,0 Prozent). Die strukturellen Probleme in der EU sind nach wie vor nicht behoben, und eine Lösung ist nicht greifbar. Zudem schwächt die bisherige Konjunkturlokomotive der EU. Deutschland kann die rezessiven Wirtschaftsentwicklungen in den europäischen Südländern, in Frankreich oder Holland nicht mehr ausgleichen, sodass die EU nach 2012 auch in diesem Jahr ein negatives Wirtschaftswachstum verzeichnen wird. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote der EU steigt weiter (10,9 Prozent). Besonders prekär ist die Lage bei den jungen Arbeitnehmenden. Unter ihnen ist beinahe jeder Fünfte arbeitslos (23 Prozent). Im Gegensatz dazu weist die Schweiz mit einer Gesamtquote von drei Prozent eine verhältnismässig tiefe Arbeitslosigkeit aus.

► Verlangsamtes Wachstum fordert die Wirtschaft.

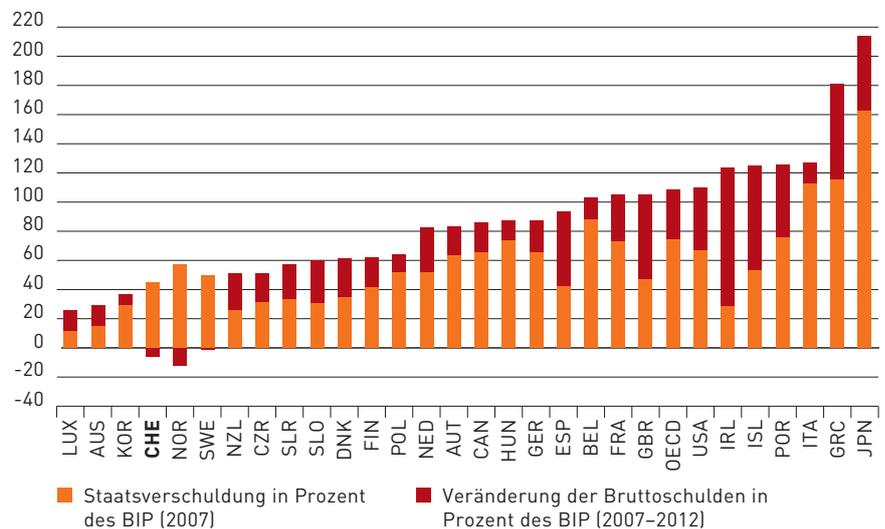
Die anhaltende Schuldenkrise und der starke Franken stellen die Schweizer Wirtschaft weiterhin vor grosse Herausforderungen. Nur noch wenige EU-Länder weisen aktuell eine Maastricht-Kriterien-konforme Staatsverschuldung auf – also eine Staatsverschuldung von weniger als 60 Prozent (siehe Grafik 1). Die Entwicklung der EU als wichtigster Handelspartner der Schweiz ist deshalb von grösster Bedeutung. Erneute Turbulenzen können aufgrund diverser Risiken und der stark verschuldeten Staaten aber nicht ausgeschlossen werden.

Grafik 1

► Neben der Schweiz konnten einzig Schweden und Norwegen ihre Staatsschulden seit 2007 reduzieren.

Staatsschulden im internationalen Vergleich

In Prozent des BIP



Quelle: OECD Economic Outlook No. 92, 2012.

► Unsichere Wirtschaftslage spiegelt sich in Umfrageergebnissen.

Die Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung spiegelt sich in den Umfrageergebnissen des Finanzmonitors. Obwohl die Anzahl der Befragten, die in den letzten zwölf Monaten eine wirtschaftliche Verbesserung feststellten, leicht zunahm (auf 21 Prozent), stehen ihnen 31 Prozent gegenüber, die eine Verschlechterung der Wirtschaftslage wahrnahmen. Auch die Zukunft wird nach wie vor kritischer eingeschätzt. Obwohl gegenüber dem letzten Jahr mehr Befragte die Aussichten optimistischer beurteilen (von 20 auf 23 Prozent), sind 25 Prozent der Meinung, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten zwölf Monaten verschlechtern wird.

Inhalt und Aufbau des Finanzmonitors

Der Finanzmonitor ist eine jährlich durchgeführte repräsentative Erhebung, die über die Ansichten der Stimmberechtigten zu relevanten Fragen in der Finanz- und Steuerpolitik Auskunft gibt. Die Konstanz der Fragestellungen und der Erhebungspraxis ermöglicht eine aussagekräftige Analyse und lässt längerfristige Trends feststellen. Damit ist der Finanzmonitor ein Seismograf der öffentlichen Befindlichkeiten, den sich auch die Politik für die Ausrichtung der Finanz- und Steuerpolitik zunutze machen kann. Die Umfrage wird durch das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag von economiesuisse durchgeführt. Die Ergebnisse des Finanzmonitors 2013 basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1000 Stimmberechtigten aus der ganzen Schweiz. Die Befragung wurde zwischen dem 22. April und dem 10. Mai 2013 mittels persönlicher Face-to-Face-Interviews realisiert. Zur Bildung der Stichprobe wurden die Ortschaften nach dem Zufallsverfahren ausgewählt. Die Auswahl der jeweiligen Personen erfolgte anhand von Quoten für die Kriterien Alter und Geschlecht. Der Schlussbericht zum Finanzmonitor 2013 ist abrufbar unter www.economiesuisse.ch.

► Erstmals positive Wahrnehmung bezüglich Schuldenrückgang.

Staatsverschuldung

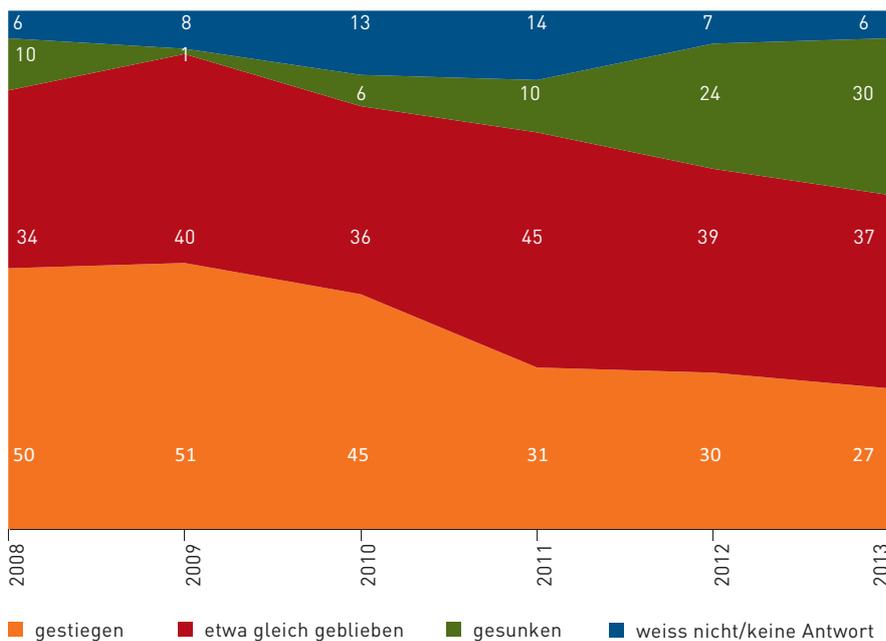
Seit der Einführung der Schuldenbremse auf Bundesebene 2003 sind die Bundesschulden deutlich gesunken. Obwohl die Bundesschulden 2012 gegenüber dem Vorjahr absolut und erstmals seit zehn Jahren auch wieder relativ zum BIP leicht gestiegen sind, ist die Wahrnehmung in der Bevölkerung positiv. Erstmals nahmen mehr Befragte einen Schuldenrückgang als einen Schuldenanstieg wahr. So gehen 30 Prozent (+6,0 Prozent) von tieferen Bundesschulden in den letzten fünf Jahren aus – im Vergleich zu 2011 ist das eine Zunahme von 20 Prozentpunkten. 37 Prozent der Befragten (–2,0 Prozent) vermuten einen in etwa gleich hohen Schuldenstand. Nur noch 27 Prozent der Befragten (–3,0 Prozent) gehen von einer Schuldenzunahme aus.

Grafik 2

► Hohe 30 Prozent gehen von einem Schuldenrückgang aus.

Trend Beurteilung Entwicklung Bundesschulden

In Prozent der Stimmberechtigten



Quelle: © gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

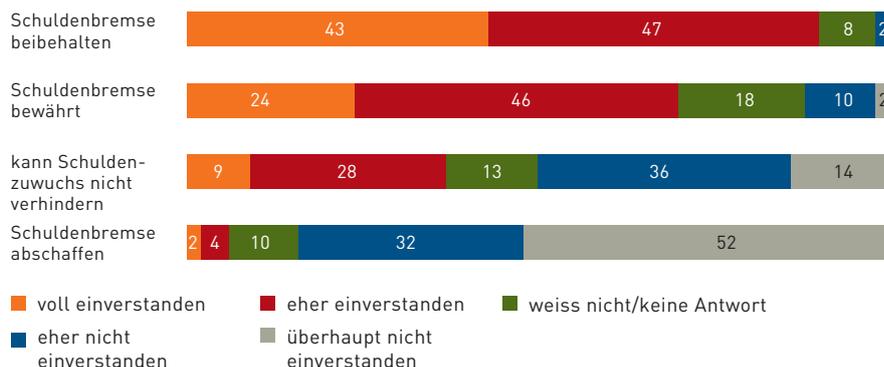
Die Entwicklung der Bundesschulden wird im gleichen Mass positiv wahrgenommen wie die Schuldenbremse. Sie geniesst in der Bevölkerung als erfolgreiches Instrument der Finanzpolitik nach wie vor grossen Rückhalt. Für 70 Prozent der Befragten hat sich die Schuldenbremse bewährt. 90 Prozent wollen sie denn auch beibehalten.

Grafik 3

► 90 Prozent setzen auch künftig auf die Schuldenbremse.

Ansichten zur Schuldenbremse

In Prozent der Stimmberechtigten



Quelle: © gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

Schuldenbremse für die Sozialversicherungen

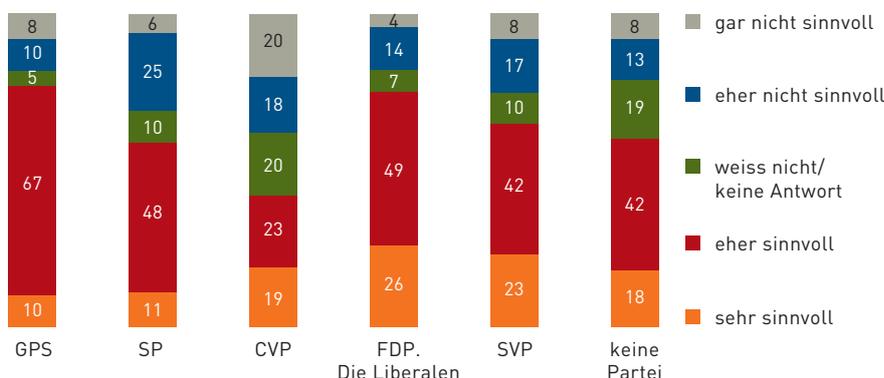
2012 sprach sich erstmals eine Mehrheit von 63 Prozent für eine Ausdehnung der Schuldenbremse auf die Sozialversicherungen aus. 2013 bestätigt sich das Vorjahresresultat. Nach wie vor befürworten 62 Prozent über alle Parteigrenzen und auch bei den Parteiungebundenen eine Schuldenbremse für Sozialversicherungen. economiesuisse unterstützt die Einführung einer Schuldenbremse für Sozialversicherungen seit Jahren. Nur so können unsere Sozialwerke auch für kommende Generationen gesichert werden.

Grafik 4

► 63 Prozent der Befragten wollen die Sozialversicherungen einer Schuldenbremse unterstellen.

Schuldenbremse für Sozialversicherungen nach Partei

In Prozent der Stimmberechtigten



Quelle: © gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

► Die Stimmbürger bleiben ihrer finanzpolitisch konservativen Haltung treu.

Finanzpolitische Strategien

Die optimale Aufgabenerfüllung mit den bestehenden Ressourcen ist und bleibt politischer Grundkonsens. 82 Prozent sind der Meinung, der Bund solle seine Aufgaben mit den bestehenden Finanzmitteln lösen. Mehrausgaben und Steuererhöhungen werden abgelehnt. Vielmehr befürworten 66 Prozent (+3,0 Pro-

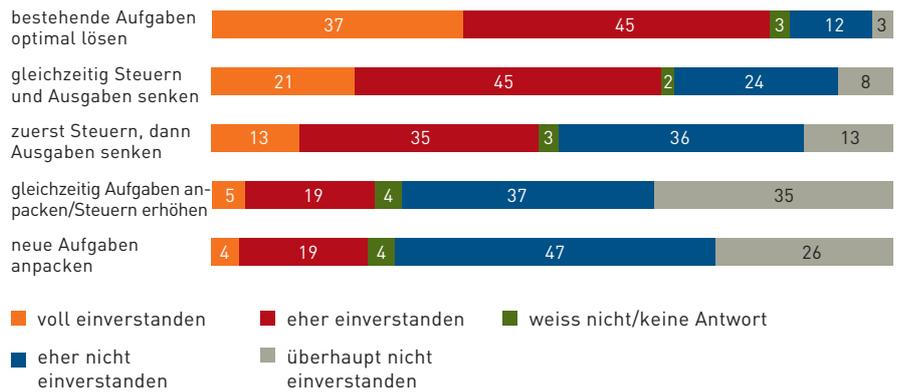
zent) eine gleichzeitige Senkung von Steuern und Ausgaben. Das Ansinnen, neue Aufgaben anzupacken, auch wenn dadurch die Steuern steigen, stösst auf wenig Zustimmung. 73 Prozent sprechen sich klar dagegen aus. Ebenfalls nicht infrage kommt für 72 Prozent das Anpacken neuer Aufgaben mit einer gleichzeitigen Steuererhöhung.

Grafik 5

► Die Mehrheit der Stimmbevölkerung wünscht, dass die Staatsaufgaben ohne neue Einnahmen erfüllt werden.

Strategien Staatshaushalt

In Prozent der Stimmberechtigten



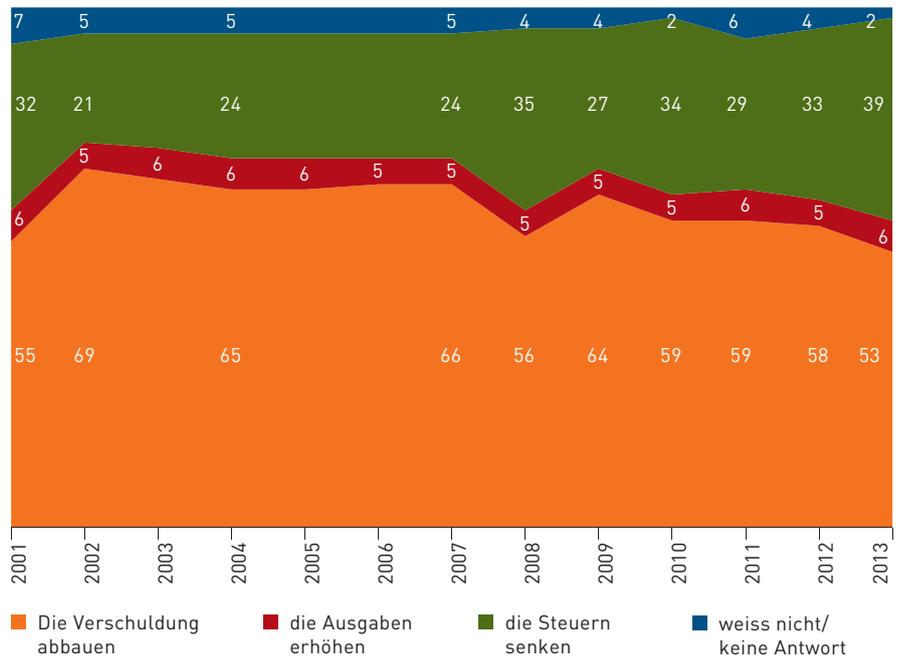
Quelle: © gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

Im Umgang mit Überschüssen bleiben die Stimmberechtigten pragmatisch. Seit Jahren schon sprechen sich die Befragten deutlich dafür aus, mit allfälligen Überschüssen primär Schulden abzubauen. 2013 betrug die Zustimmung zu dieser Strategie 53 Prozent. 39 Prozent sprechen sich bei Überschüssen für Steuersenkungen aus. Der Trend geht seit 2002 leicht, aber kontinuierlich in Richtung Steuersenkungen. Höhere Ausgaben fordern nur sechs Prozent der Befragten. Insgesamt hat sich das Meinungsbild im letzten Jahr nicht verändert. Auch im gegenteiligen Fall, also bei Defiziten im Staatshaushalt, sind sich die Stimmberechtigten seit Jahren einig. Ausgabenkürzungen werden zusätzlichen Steuern oder einer höheren Verschuldung vorgezogen. So sprechen sich 78 Prozent für Ausgaben senkungen aus. Zwölf Prozent würden bei Defiziten die Schulden erhöhen, für Steuererhöhungen sprechen sich, gleich wie 2012, nur fünf Prozent aus.

Grafik 6

► Schuldenabbau hat bei Herr und Frau Schweizer absolute Priorität. Dicht gefolgt von Steuersenkungen.

Trend im Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt
In Prozent der Stimmberechtigten



Quelle: © gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

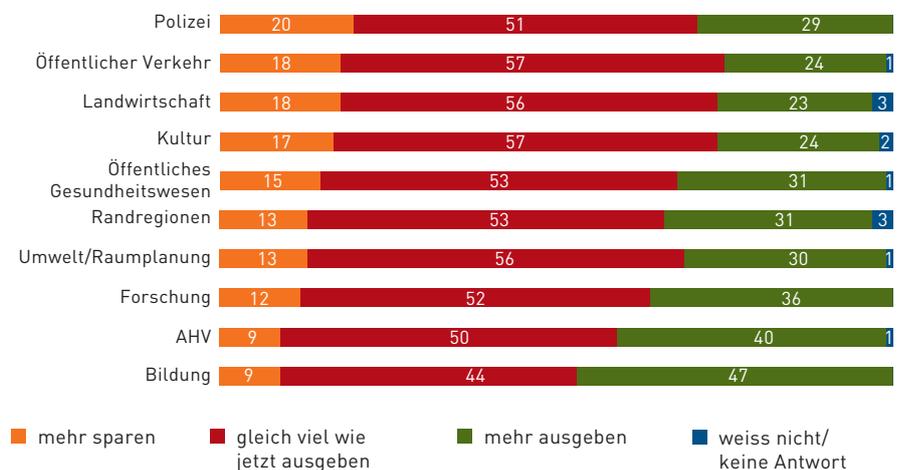
Stabile Meinungen betreffend Staatsausgaben

Geht es um die Beurteilung des Sparpotenzials beim Bund, sind sich die Befragten seit Jahren einig: 58 Prozent wollen im Asylwesen mehr sparen, 52 Prozent bei den Löhnen der Verwaltung und 51 Prozent nennen die Armee. Konstant dahinter folgt der diplomatische Dienst. Bei allen anderen Ausgabenbereichen – ausser bei der Bildung – ist eine Mehrheit der Befragten mit der heutigen Ausgabenhöhe zufrieden. Ein ähnliches Bild wie 2012 zeigt sich bei allfälligen Mehrausgaben. Ein deutliches Ungleichgewicht zugunsten von Mehrausgaben gibt es im Forschungsbereich (zwölf versus 36 Prozent) und bei der AHV (neun versus 40 Prozent). Am stärksten sprechen sich die Befragten mit 47 Prozent aber bei der Bildung für Mehrausgaben aus.

Grafik 7

► Die Befragten würden am ehesten Mehrausgaben für die Bildung gutheissen.

Trend Beurteilung öffentlicher Ausgaben
In Prozent der Stimmberechtigten



Quelle: © gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

► Das finanzpolitische Handeln des Staates wird wieder kritisch beurteilt.

Aufgaben und Ausgaben des Staates

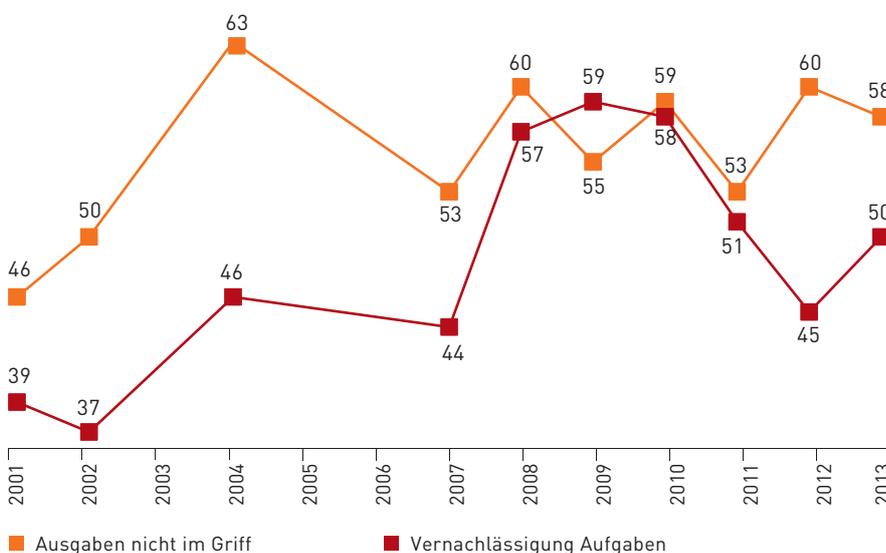
58 Prozent der Stimmberechtigten sind der Meinung, der Staat habe die Ausgaben nicht im Griff. Dieser Wert liegt im Schnitt der Ergebnisse der letzten fünf Jahre. Ihren Höhepunkt hatte die Ausgabenkritik im Jahr 2004 mit 63 Prozent. Mit 50 Prozent wieder zunehmend ist die Meinung, dass der Staat wichtige Aufgaben vernachlässige. Vor allem die Wählerschaften von FDP, Die Liberalen und SVP sowie die Parteungebundenen kritisieren das staatliche Ausgabenverhalten. Die CVP-Wählerschaft urteilt am moderatesten. In Bezug auf die Aufgabenerfüllung ist hingegen die Kritik an den Polen (GPS und SVP) am stärksten.

Grafik 8

► 58 Prozent der Stimmberechtigten sind der Meinung, der Staat habe die Ausgaben nicht im Griff.

Trend Aussagen zu Behörden

In Prozent der Stimmberechtigten



Quelle: © gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

► Die tiefe Staatsverschuldung in der Schweiz ist nicht zuletzt der Schuldenbremse zu verdanken.

Schlussfolgerungen

Die Schuldenkrise in Europa zeigt, wie wichtig eine nachhaltige Finanzpolitik ist. Die Schweiz befindet sich, im Gegensatz zu den meisten EU-Staaten, in einer komfortablen Situation und weist im internationalen Vergleich eine tiefe Staatsverschuldung aus. Das ist nicht zuletzt der Schuldenbremse zu verdanken, die nach wie vor bei der Schweizer Stimmbevölkerung eine praktisch uneingeschränkt hohe Zustimmung genießt. Die vergleichsweise gute Ausgangslage ist jedoch kein Grund, die finanzpolitischen Zügel schleifen zu lassen. Die finanziellen Perspektiven des Bundes sind unsicher. Die Einhaltung der Schuldenbremse verlangt wahrscheinlich Korrekturen. Der Bundesrat hat zu diesem Zweck frühzeitig ein Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP) aufgelegt. Das Paket hätte bereits ab 2014 wichtige Entlastungen bringen sollen, wurde aber vom Nationalrat zurückgewiesen, weshalb es jetzt frühestens 2015 in Kraft treten kann. Ab diesem Jahr drohen Defizite, die behoben werden müssen. Zur Gewährleistung einer nachhaltigen Finanzpolitik sind höhere Steuern kein wünschbarer Weg – das bestätigt der Finanzmonitor auch dieses Jahr wieder eindrücklich. Neue Aufgaben sollten nicht durch zusätzliche Steuern und Abgaben finanziert werden.

Sollen die Prioritäten verschoben oder neue Aufgaben eingeführt werden, sind diese Änderungen in der Finanzpolitik, das heisst konkret bei den Ausgaben, nachzuvollziehen: mehr Mittel hier bedeuten andernorts weniger Mittel. Genau

das ist die Aufgabe der Aufgabenüberprüfung, die mit dem KAP weitergeführt werden soll. Die regelmässige Überprüfung der Staatsaufgaben ist sinnvoll und für die langfristige Stabilität der öffentlichen Haushalte (nicht nur jenen des Bundes) letztlich erforderlich. Auch aus diesem Blickwinkel sollte das Parlament das KAP doch noch annehmen.

Ein Entscheid gegen die Aufgabenüberprüfung wäre ein schlechtes und letztlich unverständliches Signal. Überschüsse sollen schliesslich gemäss Finanzmonitor in erster Linie zum Schuldenabbau verwendet werden. Der Bund hat das in den letzten Jahren getan und ist damit gut gefahren. Auch aus Sicht der Wirtschaft gibt es keinen Grund, in Zukunft von dieser Praxis abzuweichen. Vorschläge, die in diese Richtung gehen und entsprechende Anpassungen an der Schuldenbremse verlangen, lehnt die Wirtschaft mit gutem Grund ab.

Der aktuelle Finanzmonitor bestätigt auch die letztjährige Mehrheit für die Ausdehnung der Schuldenbremse auf alle Sozialversicherungen. Befragte aus sämtlichen Parteien und auch die Parteilosen sprechen sich für diese Massnahme aus. Die Wirtschaft unterstützt schon länger Regeln zur Sicherstellung der finanziellen Nachhaltigkeit und Stabilität der Sozialversicherungen. Dass im Parlament bei der IV eine solche Regel zusammen mit der ganzen IV-Sanierungsvorlage 6b gescheitert ist, bedauert die Wirtschaft.

Rückfragen:

frank.marty@economiesuisse.ch

Impressum

economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen
Hegibachstrasse 47, Postfach, CH-8032 Zürich
www.economiesuisse.ch